

Das Scheitern „kultureller Demobilisierung“ nach dem Ersten Weltkrieg: die Ruhrkrise 1923

Benjamin Schulte

Der Schatten des Krieges und das Problem der kulturellen Demobilisierung

Am 11. November 1918 schwiegen zum ersten Mal seit mehr als vier Jahren Krieg in Europa die Waffen und im darauffolgenden Jahr unterzeichnete die deutsche Delegation den Versailler Vertrag. Dennoch blieben Frieden und Gewaltlosigkeit für einen Großteil der Republik aus. Betrachtet man allein die Zeit zwischen dem „Traumland der Waffenstillstandsperiode“¹ und der Demission Gustav Stresemanns als Reichskanzler Ende 1923 wird augenscheinlich, dass von einer friedlichen Nachkriegsordnung auch fünf Jahre nach Ende der offiziellen Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges keine Rede sein konnte. Die Zeit war vielmehr geprägt durch das zähe Ringen in Versailles, die ebenso kontroversen wie konfliktträchtigen Verhandlungen bezüglich der Reparationsfrage, die Hyperinflation sowie letztlich die Ruhrbesetzung als Auftakt zum Krisenjahr 1923. Die Eskalation der Ruhrkrise von 1923 brachte die ehemaligen Kombattanten des Ersten Weltkrieges an den Rand eines neuen Waffenganges und verdeutlicht, dass keineswegs Frieden in die europäische Staatenwelt eingekehrt war.² Sicherlich ist die Feststellung zutreffend, dass „in gewissem Sinne [...] das Kräfteessen des Weltkriegs erst 1923 zu Ende [ging]“³, jedoch muss darüber hinaus nach den Ursachen und Gründen für diese Verweigerung des Friedens und die Verlängerung der Konfliktsituation gefragt werden. Denn auch wenn der Krieg auf den europäischen Schlachtfeldern beendet war, so endete er für wesentliche Teile der Weimarer Gesellschaft weder mit dem Friedensschluss von Versailles, noch verschwand er gänzlich aus dem Alltag oder den Köpfen der Menschen.⁴

1 Ernst Troeltsch [Spectator]: Nach der Entscheidung (26.6.19), in: Der Kunstwart und Kulturwart. Halbmonatschau für Ausdruckskultur auf allen Lebensgebieten 20 (1919), S. 72–75, hier S. 75.

2 Vgl. Conan Fischer: The Ruhr Crisis 1923–1924. Oxford 2003; Gerd Krumeich: Der „Ruhrkampf“ als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, in: Ders./Joachim Schröder (Hg.): Der Schatten des Weltkriegs. Essen 2004, S. 9–24.

3 Detlev J. K. Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne. Frankfurt/Main 1987, S. 71.

4 Vgl. hierzu beispielsweise die Studien von Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Dieter Langewiesche/Hans-Peter Ullmann (Hg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Essen 1997; Jost Dülffer/Gerd Krumeich (Hg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918. Essen 2002; sowie die diversen kulturgeschichtlichen Arbeiten zur Interdependenz von Kriegserfahrungen und Gesellschaft des Tübinger SFB 437. Für eine detaillierte Übersicht zu Forschungsschwer-

In diesem Zusammenhang kann die Geschichte der Weimarer Republik auch als die einer „post-war-society“⁵, einer Nachkriegsgesellschaft, interpretiert werden, die sich Zeit ihres Bestehens in fast allen gesellschaftlichen Teilbereichen nie wirklich von den materiellen, physischen und vor allem psychischen Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges erholte.⁶ Durch die Betrachtung als Nachkriegsgesellschaft wird deutlich, in welchem Maße die junge Republik an den historischen Vorbelastungen des Weltkrieges litt, und dass sowohl auf der politisch-administrativen als auch auf einer strukturell-sozialen Ebene der Krieg materiell wie mental nicht mit dem Friedensschluss endete. Die Krisenjahre der Republik wurden von der Weimarer Gesellschaft im Clausewitzschen Sinne als „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“⁷ wahrgenommen, deren negative Konsequenzen den ehemaligen Feinden zur Last gelegt wurden und die Rückkehr in ein friedliches europäisches Staatengefüge erschwerten.

Wie kann dieser Umstand erklärt werden? Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles am 28. Juni 1919 fand der Erste Weltkrieg von juristisch-administrativer Seite her gesehen sein Ende. Die Krisen und offen ausgetragenen Konflikte der Jahre 1919 bis einschließlich 1923 erwecken jedoch nicht den Eindruck, dass in großen Teilen der Weimarer Gesellschaft der Abbau einer alle Bereiche des öffentlichen Lebens durchdringenden Kriegskultur, welche gleichsam das gesellschaftliche Werte- und Normengeflecht des status quo ante überformt und sich in Rhetorik, Semiotik, Ikonographie sowie der Vorstellung über Verlauf und Ausgang eines bewaffneten Konfliktes verobjektiviert, stattgefunden hätte.⁸ Im Umkehrschluss deutet vieles darauf hin, dass das eigentlich temporäre und gemeinschaftsstiftende Phänomen der

punkten und Studien vergleiche hier den Bilanzband von Georg Schild/Anton Schindling (Hg.): *Kriegserfahrungen – Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit*. Neue Horizonte der Forschung. Paderborn 2009.

- 5 Richard Bessel: *Germany after the First World War*. Oxford 1995, S. 283.
- 6 Zum Konzept der Nachkriegsgesellschaft siehe Gottfried Niedhart/Dieter Riesenberger (Hg.): *Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918 und 1945*, München 1992; Gottfried Niedhart: *Deutsche Geschichte 1918–1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten*. Stuttgart 1994.
- 7 Stresemann über den „Endkampf“ um den Frieden, in: *Kölnische Zeitung*, 12. März 1923 (Nr. 176 MA), S. 1.
- 8 Vgl. hier die ausgeprägte Forschungstradition zur Kriegskultur in Frankreich von Jean-Jacques Becker/Jay M. Winter/Gerd Krumeich (Hg.): *Guerre et cultures 1914–1918*. Paris 1994; Stéphane Audoin-Rouzeau/Annette Becker: *Violence et consentement: la culture de guerre du premier conflit mondial*, in: Jean-Pierre Rioux/Jean-Francois Sirinelli (Hg.): *Pour une histoire culturelle*. Paris 1997, S. 251–271; Stéphane Audoin-Rouzeau/Annette Becker: 14–18. *Retrouver la guerre*. Paris 2000; Jean-Jacques Becker u. a. (Hg.): *Histoire culturelle de la Grande Guerre*. Paris 2005. Einzig sowohl für die deutsche Historiographie als auch für eine transnational-vergleichende Geschichtsschreibung ist Jean-Jacques Becker/Gerd Krumeich: *Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich 1914–1918*. Essen 2010.

Kriegskultur über den Friedensschluss hinaus eine Verlängerung erfuhr. Da trotz einer umfangreichen und vermeintlich vollständigen Demobilisierung scheinbar in vielen Teilen der Gesellschaft keine Umstellung vom Krieg zum Frieden erfolgte, liegt der Schluss nahe, dass neben den militärischen, ökonomischen wie politischen Sektoren, welche man üblicherweise mit dem Begriff Demobilisierung verbindet, auch eine kulturelle Komponente existiert. John Horne argumentiert, dass in militärischen Konflikten eine Kriegskultur das Leitbild gesellschaftlicher Handlungsweisen bestimmt. Nach dem Ende des Konfliktes sei es daher ebenso notwendig, neben der Demobilisierung von Heer, Wirtschaft und Politik, eine kulturelle Demobilisierung durchzuführen, um einen vollständigen Übergang zu einer friedlichen Gesellschaft zu garantieren. Eine solche kulturelle Demobilisierung vollzieht sich nicht auf einer materiellen Ebene, sondern ist im Bereich immateriell-kultureller Werte und Normen anzusiedeln.⁹ Eine kulturelle Perspektive eröffnet in diesem Kontext den Blick auf „Einstellungen, Werte und Mentalitäten und ihrer Kodierung in Wort und Bild“¹⁰, welche ausschlaggebend dafür sind, dass eine kulturelle Demobilisierung nicht erfolgen und eine Kriegs- somit nicht in eine Friedensgesellschaft überführt werden kann. Das etwaige Scheitern einer solchen Demobilisierungs-Dimension soll durch die Analyse politischer Plakate aus den Jahren 1923/24 diskutiert werden. Hierbei wird die Verhaltensweise der Deutschen Zentrumspartei im Kontext der Ruhrkrise vorgestellt und sowohl mit der einer weiteren Regierungspartei (DVP) als auch mit denen der oppositionellen KPD und DNVP verglichen. Jene Parteien beeinflussten durch ihre Krisenbewältigungsstrategien in Wort und Bild „affektive Haltungen, mehr oder weniger bewußte Einstellungen und auch die gedanklichen Konstrukte (,Ideen‘), die für die Weltwahrnehmung von einzelnen und von gesellschaftlichen Gruppen und ihre gesellschaftlich-politische und kulturelle Orientierung und deren Wandel wichtig waren.“¹¹ Hier lassen sich die Erfahrungen einer Nachkriegsgesellschaft erfassen, welche mental noch nicht mit dem Krieg abgeschlossen hatte und weiterhin kriegsimmanente Motive tradierte.

Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln – von Versailles an die Ruhr

Als das erste Kabinett der Weimarer Republik unter Kanzler Scheidemann am 22. März 1919 in Berlin zusammentrat, ging es unter anderem um die Frage,

9 Vgl. John Horne: Kulturelle Demobilmachung 1919–1939. Ein sinnvoller historischer Begriff?, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939. Göttingen 2005, S. 129–150.

10 Vgl. ebd., S. 129.

11 Wolfgang Hardtwig: Einleitung: Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit, in: Ders. (Hg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939. Göttingen 2005, S. 7–22, hier S. 9f.

wie man sich bezüglich der Kriegsschuldfrage seitens der Regierung offiziell positionieren solle. Reichspräsident Ebert verlangte eine klare Stellungnahme, um den guten Willen Deutschlands bei der Pariser Friedenskonferenz offensiv demonstrieren zu können. Hierbei seien die „Sünden der alten Regierung aufs schärfste [zu] verurteilen.“¹² Der für die Kriegsschuldfrage zuständige Minister Davids ergänzte, dass die entsprechenden Dokumente alsbald veröffentlicht werden müssten, um die ehemalige deutsche Führungselite zu be- und die neuen Entscheidungsträger zu entlasten.¹³ Als der mit der Aktenedition beauftragte USPD-Abgeordnete Kautsky seine Dokumentensammlung wenig später vorlegte, war sie jedoch der gravierende Beweis dafür, dass die Politik des „kalkulierten Risikos“ der damaligen deutschen Reichsregierung maßgeblich zur Eskalation der Julikrise beigetragen hatte.¹⁴ Reichsverkehrsminister Bell und Reichskanzler Scheidemann plädierten nunmehr dafür, von einer Veröffentlichung der Dokumente abzusehen, da sie ein einseitig ungünstiges Licht auf Deutschland werfen würden. Dieser Beschluss wurde allein gegen die Stimme Davids gebilligt – eine Teilpublikation untendenziöser Auswahldokumente erfolgte zu einem späteren Zeitpunkt.¹⁵ Die komplette Dokumentensammlung Kautskys wurde erst nach Annahme des Friedensvertrages veröffentlicht, jedoch nicht ohne die konsternierte Bemerkung des Autors, dass das Vorgehen der aktuellen Regierung „alles andere eher als einen Bruch mit der Politik des gestürzten Regimes erkennen ließ.“¹⁶ Bestandteil dieser politischen Kontinuität war letztlich ebenso die deutsche Strategie des Abstreitens und der Konservierung überkommener Standpunkte der Vorkriegszeit bei den Pariser Friedensverhandlungen. Selbst besonnene Zeitgenossen wie Max Weber trugen dazu bei, die Mär vom „Verteidigungskrieg“¹⁷ zu sanktionieren und weiterhin die Entente-Mächte als den eigentlichen Aggressor und Verlängerer des Ersten Weltkrieges zu identifizieren.¹⁸ Ein solches Vorgehen musste bei jenen jedoch nur den Eindruck erwecken, dass man es bei der Republik mit einer

12 Akten der Reichskanzlei (AdR): Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919. Bearbeitet von Hagen Schulze. Boppard/Rhein 1971, hier: Bd. 1, Dokument Nr. 20 vom 22. März 1919, 11:30 Uhr/TOP 8., 9., 10.: Abrüstung, Völkerbund und Schuldfrage werden verbunden, S. 84–91.

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. Karl Kautsky: Wie der Weltkrieg entstand; dargestellt nach dem Aktenmaterial des Deutschen Auswärtigen Amts. Berlin 1919, S. 7ff.

15 Vgl. AdR: Bd. 1, Dokument Nr. 38 vom 8. April 1919, 20:00 Uhr, Weimar, Schloß/TOP 3.: Schuldfrage, S. 145–150.

16 Kautsky: Weltkrieg, S. 9.

17 Auswärtiges Amt (Hg.): Das Deutsche Weissbuch über die Schuld am Kriege: mit der Denkschrift der Viererkommission zum Schuldbericht der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 29. März 1919. 2. Aufl. Berlin 1927, S. 77.

18 Vgl. ebd.

verkappten Version des Kaiserreiches ohne Monarch zu tun habe.¹⁹ Die Handlungsweise der deutschen Regierung macht deutlich, dass Kriegskultur und Feindbilder der Weltkriegsjahre auch über das Waffenstillstandsabkommen hinaus aufrechterhalten wurden. Von offizieller Seite verfolgte man weiterhin das Ziel, dem Gegner von sich aus kein belastendes Material zukommen zu lassen. Die hiermit verbundene Haltung, dass dem Feind nicht zu trauen und von ihm keine Milde zu erwarten sei, transferierte sich von der Kriegs- in die Nachkriegszeit.

Diese Sichtweise auf Ursachen, Verlauf und Ende des Krieges sowie die unmittelbare Nachkriegszeit erklärt auch die große Empörung der deutschen Öffentlichkeit nach Bekanntgabe der alliierten Friedensbedingungen. Besonderen Anstoß nahm man hierbei an Artikel 231 des Versailler Vertrages. Dieser formulierte lediglich eine generelle juristische Haftbarkeit des Deutschen Reiches für die Kriegsschäden, indem er Deutschland und seine Verbündeten als Urheber des Krieges identifizierte.²⁰ In der offiziellen deutschen Reaktion wurde Artikel 231 allerdings als „Schmachparagraph“ interpretiert, welcher den Alleinschuldvorwurf an das Deutsche Reich beinhalte, um die deutsche Gesellschaft als „Verbrechervolk“²¹ zu stigmatisieren. Auf diese Weise konnte sich ein lückenloser Ablehnungskonsens etablieren und die „innere Negierung des Friedens zu einem Massenphänomen“²² entwickeln.

Zeitgleich formulierte der letzte Chef der Obersten Heeresleitung Paul von Hindenburg in Berlin vor dem Untersuchungsausschuss: „Die Revolution bildet nur den Schlußstein. Ein englischer General sagt mit Recht: Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.“²³ Er gab damit der vorher schon virulenten Dolchstoß-Legende die entscheidende Stoßrichtung gegen die Republik. Die militärische Führung entzog sich auf diese Weise ihrer Verantwortung für den Zusammenbruch und gab ihm ein Gesicht, welches die Züge der Republikgründer trug.²⁴ Der Dolchstoß bildete „gleichsam das Passepartout für die Deutung der Niederlage und die visuelle Folie, auf der diese Deutung emotio-

19 Vgl. Ulrich Heinemann: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1983, S. 47–52.

20 Vgl. Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik. 7. Aufl. München 2009, S. 32.

21 Heinemann: Niederlage, S. 230.

22 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949. München 2008, S. 409.

23 Hindenburg und Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß, in: Germania 18. November 1919 (Nr. 532 AA).

24 Vgl. Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933. Düsseldorf 2003; Gerd Krumeich: Die Dolchstoß-Legende, in: Etienne Francois/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungs-orte. Bd. 1. München 2001, S. 585–599.

nalisiert wurde.²⁵ Er war ein Deutungsmuster, welches nicht nur einen konkreten Vorwurf formulierte, sondern auch die Möglichkeit bot, diesen noch ungenau umrissenen Rahmen vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen nach Belieben mit Inhalt füllen zu können. Die Fixierung wesentlicher Teile der deutschen Gesellschaft auf den für sie unannehmbaren, so genannten „Kriegsschuldartikel“ 231 sowie die Stigmatisierung eines abstrakten wie amorphen Bevölkerungsteils durch die Dolchstoß-Legende erschwerte eine rationalere Auseinandersetzung mit den eigentlichen Gründen für die deutsche Niederlage. Hierzu trug auch die neue deutsche Regierung bei, deren Vorgehensweise bezüglich der Friedensverhandlungen die deutsche Politik von vor 1918 gegenüber den europäischen Nachbarn partiell fortsetzte und somit den endgültigen Bruch mit dem Alten und einen konsequenten Neuanfang auf republikanischem Boden nach dem Ersten Weltkrieg nicht vollzog.²⁶

Derweil hatte nach einem Verhandlungsmarathon um die Reparationsleistungen und der Annahme des Londoner Zahlungsplanes vom Mai 1923 durch das Deutsche Reich die Zeit der „Erfüllungspolitik“ begonnen, welche darauf abzielte, die Unerfüllbarkeit der Zahlungsforderungen anhand genauester Vertragseinhaltung zu demonstrieren. Diese Strategie ging insofern auf, als die bereits voranschreitende Inflation der Mark künstlich verstärkt wurde.²⁷ Reichskanzler Wirth bat mit der Reparationsnote vom 13. November 1922 um ein Zahlungsmoratorium, welchem vor allem Frankreich nicht zuzustimmen bereit war. Es sah das deutsche Taktieren bei der Reparationsfrage – ähnlich wie den Abschluss des Vertrages von Rapallo am 16. April 1922 – als einen weiteren feindseligen Affront der Reichsregierung gegen die Alliierten. Der französische Ministerpräsident Poincaré erwog nun ernsthaftere politische Konsequenzen in Form der Aneignung „produktiver Pfänder“ auf deutschem Boden durch die Besetzung des Ruhrgebietes.²⁸ Einem möglichen Einmarsch gingen von deutscher Seite unverhohlene Gewaltdrohungen an die Adresse der potentiellen Besatzer voraus. Reichskanzler Wirth bemerkte, dass man sich durch die „scheinbare Ruhe in Deutschland nicht täuschen lassen“²⁹ solle. Andere Autoren gingen sogar noch einen Schritt weiter, wenn sie ausführten, dass „Deutschland [...] wirklich ein Vulkan“ sei, dessen „Ausbruch [...] den Unter-

25 Gerhard Paul: Der Dolchstoß. Ein Schlüsselbild nationalistischer Erinnerungspolitik, in: Ders. (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Bd. I: 1900 bis 1949. Bonn 2009, S. 300–307, hier S. 302.

26 Vgl. Kolb: Weimarer Republik, S. 212f.

27 Vgl. ebd., S. 43–47.

28 Vgl. Heinrich-August Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. 4. Aufl. München 2005, S. 146–186.

29 Kriegsschuldfrage 1921/22 Zeitungsartikel: Der Tag, 22. Juli 1922, Erich Lilienthal „Altes Europa und junges Deutschland“, in: Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) 06-051-A299

gang Europas mit Schrecken ohne Ende für alle Völker oder den Anbruch einer neuen Kultur zur Folge haben“³⁰ könnte. Sie warnten ausdrücklich vor dem Augenblick, in dem das deutsche Volk erkenne, dass „der Feind nicht auf der rechten und nicht auf der linken Seite des eigenen Volks zu finden ist, sondern daß der Fremde der Feind ist, der draußen vor den Toren steht.“ Denn dann werde „es sich nicht um ‚Revanche‘ an dem kleinen Frankreich handeln, sondern um Rache an der Welt, die Deutschland nicht leben lassen will.“³¹ Ungeachtet solcher Drohungen lehnte Frankreich das Moratoriumsersuchen der deutschen Regierung ab. Der mittlerweile in das Amt des Reichskanzlers nachgerückte Hamburger Hapag-Direktor Wilhelm Cuno verharrte auf dem Kurs der deutschen Reparationsnote. Nun musste er zusehen, wie die deutsche Erfüllungspolitik scheiterte, als die interalliierte Reparationskommission am 9. Januar 1923 ein absichtliches Fehlverhalten des Deutschen Reiches bei den zu entrichtenden Sachlieferungen feststellte. Am 11. Januar 1923 begann der französisch-belgische Einmarsch in das Ruhrrevier – die bereits seit langem schwelenden politischen Krisen der Nachkriegszeit waren eskaliert.

Die Besetzung des Ruhrgebietes löste im Reich einen Sturm der nationalen Entrüstung aus und vereinte die deutsche Gesellschaft im kollektiven Empörungsschrei. Reichspräsident Ebert brachte in seinem Aufruf vom 11. Januar 1923 jenes Gefühl klar zum Ausdruck: „Ein neuer Gewaltstreich“ sei auf das deutsche Volk herniedergegangen, bei welchem „der Schlag der französischen Faust“ das Kerngebiet der deutschen Wirtschaft „mit wohlberechneter Wucht“ getroffen habe. In dieser Stunde, in welcher „Frieden und Recht von neuem gebrochen“ würden und über weite Teile des Landes „die Leiden der Fremdherrschaft“ hereinbrächen, müsse man sich „unter all dem äußeren Druck der inneren Erhebung widmen [...]“.³² Die Zentrumsabgeordneten Schreiber und Marx fanden im Rahmen der Reichstagsdebatten vom 14. Februar beziehungsweise 7. März 1923 noch deutlichere Worte. Schreiber sprach in diesem Zusammenhang von einem „Hammerschlag des französischen Imperialismus“³³, welcher auf das Ruhrgebiet niedergegangen sei. Marx führte aus, dass die durchgeführten Aktionen im Ruhrgebiet nur den französischen „Annexionsgelüsten“ dienten. Man müsse sich ob der Tatsache, dass Recht und Gerechtigkeit in solch einer „flagranten Weise“ gebrochen wurden fragen, wie es in einer

30 Ebd.

31 Ebd.

32 Herbert Michaelis/Ernst Schraepfer (Hg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuorientierung Deutschlands in der Gegenwart, Fünfter Band: Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923. Berlin 1961, hier Nr. 999 a: Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung vom 11. Januar 1923, S. 21f.

33 Verhandlungen des Reichstags: Band 358: I. Wahlperiode 1920, 300. Sitzung, Mittwoch, den 14. Februar 1923, S. 9694.

„kulturell so hoch entwickelten Zeit möglich“ sei, dass „man nun ein Unrecht billigt und unterstützt, das tatsächlich an frühere, längst hinter uns liegende Jahrhunderte erinnert, das von Kultur auch nicht mehr die Spur zeigt, das ein Raubrittertum, eine Gewaltpolitik darstellt, wie sie in früheren Jahren vielleicht durch die Verhältnisse gerechtfertigt war, in keiner Weise aber in unsere Zeit“ hineinpasste. Zu diesem neuen Gebaren der französischen Kultur gehöre anscheinend auch, dass das Heer vielmehr „blind seinen Instinkten nach Raub, Mord und Todschlag“³⁴ nachginge. Den Verantwortlichen in Berlin war dennoch durchaus bewusst, dass das militärisch demobilisierte Deutsche Reich keinen bewaffneten „Volkskrieg“³⁵ gegen die französischen Besatzer führen konnte. Daher antwortete man auf die Ruhrbesetzung mit der Taktik des „passiven Widerstandes“ und der kulturellen Waffe der Propaganda.

In welchem Maße die Feindbilder des Ersten Weltkrieges – mindestens in Bezug auf Frankreich – auch noch in der Weimarer Republik fortwirkten und kontinuierlich in den intersubjektiven Erfahrungen präsent waren, veranschaulicht ein Plakat aus dem Jahre 1923 (*siehe Abbildung 1*). Das kriegspropagandistische Prinzip, bestimmte Feinde beziehungsweise Länder in allgemeinverständlichen Stereotypen zu kollektivieren und zu personifizieren – in diesem Fall Frankreich oder das französische Volk, stellvertretend symbolisiert durch die „Marianne“ – war auch in der Weimarer Republik weiterhin gängiges Instrument der Agitation.³⁶ Die Darstellung zeigt eine mit französischen Attributen (phrygische Mütze und Trikolore) versehene Frau. In einer scheinbar menschenleeren und stillstehenden Szenerie beugt sie sich, zum Griff bereit, über ein das Ruhrrevier symbolisierendes Industriegebiet. Ihre entrückten Gesichtszüge richten sich dabei direkt auf den Betrachter, das griffbereite Gewehr sowie der am Boden liegende Helm vermitteln eine zusätzliche militärische Bildkomponente. Diese Form der Marianne-Allegorie symbolisierte eine existenzielle, überlebensgroße Bedrohung durch einen äußeren Gegner, welcher einen Übergriff auf deutschen Boden vollziehen wollte. Durch die Dämonisierung der Besatzer sollte gezielt eine klare propagandistische Botschaft repetiert werden: Frankreich war der alte „Erbfeind“ und stellt immer noch eine akute feindliche Bedrohung dar.

Da der passive Widerstand im Ruhrgebiet durch Berlin mittels Lohnausgleich finanziert werden musste, entstand bald mit der Initiative des „Volksopfers“ eine Spendenbewegung für die besetzten Gebiete, welche auch in Bildform bei den Bürgern für sich warb (*siehe Abbildung 2*). Auf dem schlicht

34 Ebd., 312. Sitzung, Mittwoch, den 7. März 1923, S. 9972ff.

35 Michaelis/Schraepfer: Ursachen. Nr. 1022: Aus einer Rede des Reichspräsidenten Friedrich Ebert in Karlsruhe 12. Februar 1923, S. 68f.

36 Vgl. auch: Susanne Popp: „Marianne“ und „Germania“. Allegorische Frauengestalten im „Bilderkrieg“ der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Gerhard Paul (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Band I: 1900 bis 1949. Bonn 2009, S. 292–299.

zweifarbige gehaltenen Plakat sind im Hintergrund die für das Ruhrrevier typischen Fördertürme zu erkennen. Den Bildvordergrund bestimmt klar eine auffallend männlich konnotierte Ansammlung von Menschen unterschiedlichster sozialer Provenienz. Vornehmlich erblickt man zwar Arbeiter, aber auch ein älterer Mann mit Brille sowie einer im Anzug sind zu erkennen. Sie sehen den Betrachter trotzig wie entschlossen an und bilden breitbeinig in mehreren Reihen stehend eine undurchdringbare Wand. Die Intention dieser Abbildung kann in zweifacher Hinsicht interpretiert werden: Die Bevölkerung des Ruhrgebietes, so die Aussage, kämpfe nicht nur in eigener Sache, sondern im Interesse aller Deutschen. Der gemeinsame Abwehrkampf nivelliere alle sozialen Differenzierungen und Grenzen; hinter ihn sollten alle persönlichen Belange zurücktreten. Das Plakat rief also dazu auf, durch materielle Spenden zur Fortführung des Kampfes beizutragen. Ferner sollte nach außen signalisiert werden, dass das deutsche Volk ohne Ausnahme bereit war, den Widerstand um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Insofern ist die programmatische Nähe zu den Kriegsanleihen-Plakaten des Ersten Weltkrieges frappant.³⁷

Eine solche Neuauflage des Bündnisses zwischen Front und Heimatfront im gemeinsamen Abwehrkampf fand auch in anderen Plakaten Ausdruck (*siehe Abbildung 3*). Hier sind symbolisch ein Arbeiter und ein Bauer stellvertretend für die Verbindung zwischen Stadt und Land, zwischen dem primären Sektor Landwirtschaft und dem sekundären Sektor Industrie im Handschlag vereint. Zudem sind die Aufgaben – wie im Krieg – klar verteilt: an der Front wird gekämpft, die Heimat unterstützt diesen Kampf durch ihre Arbeit. Bedingt durch die vermeintlichen Erfahrungen des letzten Krieges sollte dieses neuerliche Sinnbild der Einheit eine Aufforderung und Mahnung zugleich für das deutsche Volk sein, den letzten Zusammenbruch und sein Resultat nicht zu vergessen. Anderorts publizierte man noch während der Ruhrkrise „Tatsachenberichte“, um die Bevölkerung ganz im Stile der Kriegsberichterstattung des Ersten Weltkrieges über die Geschehnisse an der „Front“ zu informieren. Vom Anspruch her Material- und Quellensammlungen, welche dazu beitragen sollten, „der fremden Willkürherrschaft auf deutschem Boden bald ein Ende zu machen“³⁸, veröffentlichte man statistische Erhebungen zu den französischen Gewaltverbrechen (Mord, Raub, etc.) oder den Konsequenzen der Besetzung für die Zivilbevölkerung (z.B. Säuglingssterben). Zusätzlich emotionalisiert wurde jenes gedruckte Täter-Opfer-Verhältnis durch die Beigabe einer detaillierten biographischen Liste der Todesopfer seit Januar 1923 sowie ganzsei-

37 Vgl. beispielsweise das Kriegsanleihen-Plakat von Walther Georgi aus dem Jahr 1918. Bundesarchiv Bilddatenbank Plakat 001-005-067.

38 Zum Ruhreinbruch. Tatsachen und Dokumente, Berlin 1923, S. 3.

tigen Fotos ihrer Leichen, oftmals mit dem Untertitel „grundlos erschossen“ versehen.³⁹

Der Erste Weltkrieg hatte kaum auf deutschem Boden stattgefunden. Vier Jahre nach Kriegsende erfuhr die deutsche Gesellschaft nunmehr – neben den territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages – durch die planmäßig durchgeführte Ruhrbesetzung das Gefühl von Fremdherrschaft und den Verlust der Selbstbestimmtheit in einer scheinbaren Friedenszeit. Da bereits eine umfassende Demobilisierung erfolgt war, führte man den Kampf gegen die vermeintlich immer noch vorhandenen Gegner nun auf dem kulturellen Felde fort. Die gemeinsame Abwehrfront des passiven Widerstandes gegen die französisch-belgische Besetzung generierte jedoch eine „Illusion innerer Stabilität“⁴⁰, welche die tatsächliche Lage des Deutschen Reiches verdeckte. Der Krieg indes lebte in Wort und Bild weiterhin fort. „The legacy of the Ruhr Crisis took longer to fade than that of Versailles“⁴¹ und sollte der Republik schwere Wunden zufügen. Der Erste Weltkrieg wurde für die Weimarer Gesellschaft zum intergenerationellen Fixpunkt sowie zum „Bestimmungselement für das normale Leben“⁴² und einer praktischen Parteienpolitik, die nach Wegen der Überwindung der latent bestehenden Probleme der Nachkriegszeit suchte. Mobilisierung ist in erster Linie „a strengthening of the people’s motivation, a psychological problem which [...] could only be solved by political means“⁴³ und insbesondere die politischen Gruppierungen auf parlamentarischer Ebene – sowie ihre Anhängerschaft – spielten eine gewichtige Rolle in jenem Mobilisierungsprozess des Krisenjahres 1923.

Die Deutsche Zentrumspartei in der Ruhrkrise des Jahres 1923

Die revolutionären Ereignisse des Novembers 1918 trafen die Deutsche Zentrumspartei, welche sich noch kurz zuvor klar zum monarchischen System bekannt hatte, völlig unvorbereitet. Dennoch stellte sich die Partei – obwohl sie die Revolution verurteilte – „auf den Boden der Republik.“⁴⁴ In Bezug auf den

39 Vgl. ebd., S. 7–22.

40 Peukert: Krisenjahre, S. 204.

41 Fischer: Ruhr Crisis, S. 292.

42 George L. Mosse: Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg, in: Manfred Funke u. a. (Hg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Düsseldorf 1987, S. 127–139, hier S. 136.

43 Wilhelm Deist: The German army, an authoritarian state and total war, in: John Horne (Hg.): State, society and mobilization in Europe during the First World War. Cambridge 1997, S. 160–172, hier S. 165.

44 Generalsekretariat der Rheinischen Zentrumspartei (Hg.): Bericht über die Verhandlungen des Parteitagess der Rheinischen Zentrumspartei. Abgehalten in Köln 15.–18. September 1919. Köln 1919, S. 44.

„Gewaltfrieden“ von Versailles führte Karl Trimborn allerdings aus, dass dessen „formelle Annahme [...] nichts am Urteil über den Frieden [ändere]. Er ist eine brutale Vergewaltigung und trägt die Notwendigkeit der Revision in sich.“⁴⁵ Die Umstellung von der konstitutionellen Monarchie zur republikanischen Demokratie fiel dem Zentrum deswegen so leicht, da es den Demokratie-Begriff an die „naturgesetzliche Lebensnotwendigkeit der menschlichen Gesellschaft, als die gegebene Ausdrucksform der Interessengemeinschaft des gesamten Volkes“⁴⁶ und nicht an eine bestimmte Regierungsform knüpfte. Nicht zu verachten war allerdings auch die Angst des politischen Katholizismus vor der radikaleren Weiterführung der Revolution, weswegen man „jeden Versuch, eine neue Klassenherrschaft oder irgendeine Diktatur zu errichten“⁴⁷ bekämpfte. Das Zentrum war vom Selbstverständnis her eine christliche „Weltanschauungspartei“⁴⁸, welche jedoch in Bezug auf dieses Bekenntnis immer mehr in Schwierigkeiten geriet. Denn die religiöse Fundierung wurde zwar gelegentlich artikuliert, allerdings nie – abgesehen von schulpolitischen Fragen – zur konkreten Grundsatzpolitik einer christlichen Volkspartei ausgebaut.⁴⁹ Dennoch war der christlich-konfessionelle Charakter des Zentrums als integratives Merkmal Garant für die relative Stabilität der Partei. Nur der gemeinsame Nenner des Glaubens ermöglichte es überhaupt, die stark heterogene Sozialstruktur mit ihren oftmals widerstrebenden Teilen zu vereinen: Im Zentrum waren katholische Adlige, Agrarier und Bürger sowie in erheblichem Maße Arbeiter und ebenso Frauen organisiert. Hierdurch erklärt sich auch das teils ambivalente bis paradoxe Verhältnis zur Republik, welches dafür sorgte, dass zwar die Frage nach der Staatsform bis zuletzt grundsätzlich offen gehalten, gleichzeitig aber die historische Notwendigkeit der Republik betont werden konnte. Denn nach wie vor war der prominenteste parteipolitische Punkt die Einheit des Reiches. Hier setzte sich die Einsicht durch, dass diese Einheit momentan nur durch die Republik garantiert werden konnte, welche man fortan als verfassungstreue Partei im gegebenen nationalstaatlichen Rahmen unterstützte. Auf diese Weise avancierte der politische Katholizismus innerhalb von fünfzig Jahren vom „Reichsfeind“ der Kulturkampfzeit zur neuen staatstragenden Partei der Weimarer Republik. Dies manifestierte sich in einer kon-

45 Ebd., S. 46ff.

46 Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Achter Band: Das Zentrum in und nach dem Weltkrieg 1914–1930. Köln 1931, S. XV.

47 Franz Hötte: Das Kommunalprogramm der Zentrumspartei im Vergleich zu den Kommunalprogrammen anderer Parteien. Köln 1924, S. 6.

48 Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. 5. Aufl. Düsseldorf 1971, S. 81.

49 Vgl. Karsten Ruppert: Die Deutsche Zentrumspartei in der Mitverantwortung für die Weimarer Republik: Selbstverständnis und politische Leitideen einer konfessionellen Mittelpartei, in: Winfried Becker (Hg.): Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871–1933, Paderborn 1986, S. 71–88, hier S. 71f.

stanten Beteiligung des Zentrums an allen Reichsregierungen von 1919 bis 1932, wobei es fünfmal den Reichskanzler stellte, sich ferner in Länderparlamenten engagierte (zusammen mit der SPD als Stabilitätsgarant in Preußen!) und somit aktiv das parlamentarisch-republikanische Leben mitgestaltete sowie politische Verantwortung für die Republik übernahm.⁵⁰ Für das Ziel der Reichseinheit zahlte die Partei allerdings einen hohen Preis, denn die eigene koalitionspolitische Flexibilität nach links und rechts und die Rolle des Mediators der Republik gingen für das Zentrum oftmals auf Kosten der eigenen Ziele. Ferner barg ein weiterer Punkt zusehends Konfliktpotential in sich: Sowohl die Parteiführung an sich als auch ihre ideologische Verwurzelung gründeten im kaiserlichen Deutschland des 19. Jahrhunderts. Hieraus ergab sich das Problem, dass die Parteihonoratioren wegen ihres hohen Altersdurchschnitts speziell auf die angeschlossenen Jugendorganisationen sowie die katholischen Arbeiter nicht mehr dauerhaft integrativ einzuwirken vermochten.⁵¹ Nichtsdestominder sahen viele Zentrumsanhänger die sehnsüchtig erwartete „Volksgemeinschaft“ in der sozialen Zusammensetzung der eigenen Partei im Kleinen bereits beispielhaft verwirklicht. Und dadurch, dass sich die Partei „politisch-ideologisch der Republik genähert“ hatte, war sie zur „unentbehrlichen politischen Kraft im Reich“⁵² geworden.

Fraktionsintern war man sich über den Ernst der Lage durchaus bewusst. Johannes Bell war auf einer Sitzung der Reichstagsfraktion am 25. Januar 1923 sicher, dass die Zustimmung der Bevölkerung zum passiven Widerstand ungebrochen sei, aber ebenso davon überzeugt, dass „ein Kampf auf Leben und Tod“⁵³ aller Wahrscheinlichkeit nach kommen werde. Reichsfinanzminister Hermes urteilte in Bezug auf die Ruhrbesetzung, es sei „eine Feigheit sondergleichen, wenn man mit Bajonett und Reitpeitsche ein waffenloses Volk misshandelt.“ Er formulierte in diesem Zusammenhang auch die prophetische Warnung, dass durch die „Vergewaltigung der elementaren Lebensrechte“ des deutschen Volkes in demselben „eine Saat aufgehen [könnte], die nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und ganz Europa von grösstem Unheil werden könnte.“⁵⁴ Ebenso gestaltete sich die Meinung der zentrumsnahen Weimarer Tagespresse. Zwar war man zu Beginn des Jahres 1923 davon überzeugt, dass auch dies „ein Leidensweg, wie die vergangenen Jahre“ werden

50 Vgl. Karsten Ruppert: Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930. Düsseldorf 1992, S. 29ff.

51 Vgl. Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966, S. 607.

52 Vgl. ebd., S. 34.

53 Rudolf Morsey (Hg.): Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei (1920–1925). Mainz 1969, Nr. 205: 25. Januar 1923: Fraktion, S. 429.

54 Andreas Hermes: Unser Kampf gegen Gewalt und Willkür. Berlin 1923, S. 22f.

würde, welches „das Ende der Prüfungen nicht bringen“⁵⁵ werde. Mit einem tatsächlichen Einmarsch der Franzosen und Belgier hatte der politische Katholizismus jedoch ebenso wenig gerechnet wie alle anderen Parteien. Dieser sei „fremde Willkür“, welche „Verträge verletzt und Menschenrechte mit Füßen tritt.“ Diese „Fortsetzung des Unrechts und der Gewalt“ an einem „entwaffneten [...] Volke“⁵⁶ stelle eine „neue Vergewaltigung“⁵⁷ dar. Durch ihr Vorgehen würde die französische Politik „neuen Krieg in ein zermürbtes, blutendes, verzweifertes Volk“⁵⁸ tragen und neben der Verletzung von Souveränitätsrechten auch einen „Dolchstoß in das Herz des deutschen Wirtschaftslebens“⁵⁹ führen. Die „Abwehr des französischen Gewaltaktes“⁶⁰ durch den passiven Widerstand genoss daher oberste Priorität.

Je länger die Ruhrkrise allerdings dauerte und je weiter die Inflation voranschritt, umso schwieriger wurde es, das eigene Vorgehen den katholischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen zu vermitteln. Die Ansichten von Parteiführung und -basis standen sich teilweise diametral entgegen. Bereits den Untergang des Kaiserreiches sowie den Übergang zur Republik als akzeptable Lösung zu verbreiten, gestaltete sich mehr als schwierig. Schon 1918 bekundete ein lokaler Arbeitersekretär: „Unsere Gewerkschaftler [...] davon zu überzeugen, daß die Monarchie der Vergangenheit angehört, ist mir sehr schwer geworden.“⁶¹ Speziell die christlichen Gewerkschaften waren nicht in der Lage, das eigene politische Handeln der (Vor)Kriegszeit kritisch zu reflektieren. So hielt man hier 1921, fünfzig Jahre nach Reichsgründung, die Zeit „für die völkische Einigung der deutschen Stämme“ gekommen. Wenn diese erreicht werde, dann sei „der große deutsche Krieg, wie ihn später vielleicht einmal die Weltgeschichte nennen wird, trotz des schmachlichen Friedensdikates, trotz aller Lasten und Entbehrungen für unser Volk, gekrönt mit einem deutschen Sieg.“⁶² Mit dieser Einstellung einher ging auch hier die Ansicht, dass der Versailler Frieden nichts anderes darstelle als „eine Fortsetzung des

55 Rhenogermanus: Zum Parteitag des Rheinischen Zentrums, in: Düsseldorfer Tageblatt, 6. Januar 1923 (Nr. 5), S. 1.

56 Ein Aufruf des Reichspräsidenten, ebd., Januar 1923 (Nr. 8), S. 1.

57 Wilhelm Marx: Aufruf der Zentrumspartei, in: Germania, 12. Januar 1923 (Nr. 11), S. 1.

58 Brüder, hört!, ebd., 11. Januar 1923 (Nr. 10), S. 2.

59 Eine überwältigende vaterländische Kundgebung, in: Kölnische Volkszeitung, 12. Januar 1923 (Nr. 27 AA), S. 1.

60 Zuspitzung der Lage im Ruhrgebiet. Erfolgreiche Abwehr, in: Germania, 22. Januar 1923 (Nr. 21), S. 1.

61 Abschrift Nachlass Marx IX: Schreiben des rheinischen Arbeitersekretärs Becker vom 19. November 1918, zitiert nach Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei zwischen Novemberrevolution und Weimarer Nationalversammlung, in: Historische Kommission Westfalens (Hg.): *Dona Westfalica*, S. 239–271, hier S. 250.

62 Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften (GCG) (Hg.): Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. 21. Jg. 31. Januar 1921: „Deutsche Einheit“, Berlin 1921, S. 30.

Krieges mit anderen Mitteln“, in welchem sich „das deutsche Volk nicht wehrt“, da es „durch Parteihader, der seine innere Kraft zermürbt, einem wahnwitzigen Feinde das Zerstörungswerk erleichtert.“⁶³ Als positiv bewerteten die Gewerkschaftler zumindest, dass „der Franzose dem deutschen Michel Nationalbewußtsein und sonstige wichtige Erkenntnisse ein[hämmert]“, wie etwa die Lehre, dass man es verpasst habe, „sich der Wehrlosmachung durch politische Wirrköpfe entgegenzustellen.“⁶⁴ Daher müsse in dieser Zeit vor allem innerhalb des deutschen Volkes, welches „seit dem Jahre 1914 ununterbrochen im Kriegszustande“⁶⁵ lebe, „der Glaube an die deutsche Weltendung“⁶⁶ lebendig und stark bleiben. So kann es nicht verwundern, dass sich die Meinung: „Der Staat ist Ursache und zunächst Nutznießer der Inflation“⁶⁷, einhergehend mit der Ansicht: „Das Deutsche Reich macht jetzt die größte Krise seit seinem Bestehen durch. Die tiefste Wurzel des Übels liegt in dem elenden Zustand unseres Parteilebens“⁶⁸ mehr und mehr durchzusetzen begann.

Das Zentrum versuchte, wie alle anderen Parteien auch, die Ruhrkrise 1923 visuell zu verarbeiten. Der politische Katholizismus erkannte, dass die jüngste Krise dem Ansehen der Republik erheblich geschadet hatte und versuchte auf der bildlichen Ebene, praxeologische Zukunftshoffnungen zu vermitteln. Hierbei waren es vor allem die zentralen Themen des Wiederaufbaus und der Zusammenarbeit, welche sich durch die verschiedenen Motive zogen. Das Zentrum verstand es einerseits, die Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart zu einer Zukunftsvision zu verschmelzen (*siehe Abbildung 4*) und andererseits die Bevölkerung dazu aufzurufen, ihr zukünftiges Schicksal durch gemeinsame Arbeit selbst mitzubestimmen (*siehe Abbildung 5*). Die Gestaltung des Plakates für die Reichstagswahlen im Dezember 1924 ist so schlicht wie einprägsam gehalten. Die Trennlinie in der unteren Bildhälfte separiert hierbei die Vergangenheit von der Gegenwart. Im schmalen unteren Bildteil erkennt der Betrachter schwarze, weiße und rote Trümmer, hierzu gesellen sich zwei goldene Kronen. Die klar dominante obere Bildhälfte zeigt drei graphisch reduzierte Menschen, welche dabei sind, ein stilisiertes schwarz-rot-goldenes Gebäude zu vollenden, hinter dem die Sonne aufgeht. Das Zentrum warb hierbei nicht nur für sich allein, sondern insgesamt für die Parteien der Weimarer Ko-

63 GCG: Zentralblatt, 22. Jahrgang: 11. Dezember 1922 (Nr. 25): „Soziales. Krieg oder Frieden?“. Berlin 1922, S. 310.

64 GCG: Zentralblatt, 23. Jahrgang: 12. März 1923 (Nr. 5/6): „Deutsche Sendung. Gedanken zum Kampf an Rhein und Ruhr.“, Berlin 1923, S. 33ff.

65 GCG: Zentralblatt, 23. Jahrgang: 18. Juni 1923 (Nr. 11/12): „Hoffnungen und Enttäuschungen.“, S. 81.

66 Ebd.: 12. März 1923 (Nr. 5/6): „Deutsche Sendung“, S. 35.

67 Christliche Gewerkschaften: Der Deutsche, 08. August 1923 (Nr. 184) „Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lage – Die Ordnung des Staatshaushalts, Selbsthilfe oder Ententekontrolle?“, in: ACDP 06-051-A603.

68 Zerfahrenheit, in: Kölnische Volkszeitung, 5. Oktober 1923 (Nr. 727 AA), S. 1.

alition. Der politische Katholizismus definierte sein eigenes Tun also als Aufbauarbeit für die Republik. Dieser Wiederaufbau der deutschen Nation auf den Trümmern der Monarchie war laut Plakat auch nach nunmehr fünf Jahren seit Kriegsende noch immer nicht vollendet und konnte ohnehin nur durch die Parteien der Weimarer Koalition garantiert werden. Das Zentrum betrachtete die Republik also nach wie vor als unvollendet: vor allem nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit sowie der Ruhrkrise schien jene Vollendung deshalb nötiger denn je. Unterstützt wurde diese Vision von der positiven Überwindung der krisenhaften und unsteten Gegenwart durch das Symbol der Sonne, welche nun nach den dunklen Erfahrungen der Nachkriegsgesellschaft endlich auch über Deutschland aufgehen sollte.

Das zweite Plakat aus dem November 1924 ist stilistisch aufwendiger gestaltet, bedient sich aber einer ähnlichen Bildsprache. Die graphische Trennlinie zwischen ruraler und urbaner Landschaft, letztere repräsentiert durch die Stadt Köln, bildet hier der Rhein. Die Bildmitte nimmt ein als Landarbeiter zu erkennender Mann mit Pflug ein, welcher durch die Bildkomposition als Verbindungsglied zwischen beiden Teilen dient. Auch hier findet sich wieder die Sonne als Symbol der Erneuerung. Die Verwendung des Freiheits-Begriffes legt den Schluss nahe, dass man auf Grund des Versailler Vertrages und der auf ihn folgenden Krisen nicht das Gefühl hatte, als selbstbestimmte Nation agieren zu können. In diesem Kontext thematisiert das Zentrum jedoch nicht nur das besetzte Ruhrgebiet, sondern vielmehr die durch die Stadt Köln symbolisierten, besetzten linksrheinischen Gebiete insgesamt. Das Plakat ist somit ein Appell an die Opfer- und Arbeitsbereitschaft seiner potentiellen Rezipienten und zugleich die Aufforderung, neben der aktuellen Ruhrproblematik die generelle Frage nach der Einheit des Reiches nicht aus den Augen zu verlieren. In dieser Interpretation der aktuellen Situation hatten auch die ersten Jahre der Republik dem deutschen Volk die ersehnte Freiheit nicht gebracht. Dafür waren die ersten Nachkriegsjahre auch für das republikloyale Zentrum zu krisenhaft. Die Botschaft: „Das deutsche Volk muß eine Volksgemeinschaft werden!“⁶⁹ fand hier im übertragenen Sinne seinen bildlichen Ausdruck und wurde zum Primat der politischen Vertreter des katholischen Bevölkerungsteils.

Bezüglich der grundsätzlichen Haltung zur Ruhrbesetzung sind bei einem Vergleich des Zentrums mit anderen Regierungs- beziehungsweise Oppositionsparteien generelle Ähnlichkeiten hinsichtlich der Verbalisierung derselben zu konstatieren. Unterschiede hingegen ergeben sich auf der visuellen Ebene bei der Bewertung und Artikulation von Strategien zur positiven Überwindung der gegenwärtigen Krise, welche letztlich eng an die parteispezifische Einstellung zur Republik geknüpft sind. Die DVP beispielsweise reagierte schockiert

69 Wahlpropaganda Reichstagswahl Dezember 1924: Wahlaufuf des Zentrums „Wann wird gewählt?“, in: ACDP 06-051-A166.

auf die Ereignisse des gerade beginnenden Jahres 1923. Das Vorgehen Poincarés folge dem Plan eines „kühlen, zielbewußten Verbrechers“, der seiner Rolle als „Vater und Organisator des Weltkrieges“⁷⁰ treu bleibe. Ganz in diesem Sinne interpretierte Gustav Stresemann die Aktionen Frankreichs als „Gewaltmaßnahmen, die einer neuen Eröffnung des Krieges gleichkommen.“⁷¹ Auf internen Sitzungen des Zentralvorstandes mahnte er an, dass „wenn der Ruhrkonflikt nicht so beendet wird, daß das Reich erhalten“ bleibe, dann werde „von diesem Kampf eine Entwicklung ausgehen, die noch mehr für uns bedeuten kann als die Folgen, die der Vertrag von Versailles gehabt hat.“⁷² Der Vorsitzende der Liberalen führte im Parlament aus, dass die französische Aktion ein „frevelhafter Völkerrechtsbruch [und eine] Vergewaltigung des deutschen Volkes, deutschen Bodens und deutscher Wirtschaft“ sei. Dieser eklatante „Völkerrechtsbruch“⁷³ durch Frankreich komme dem „Versuch rechtswidriger Vergewaltigung“⁷⁴ gleich und bezwecke allein „die Vernichtung Deutschlands.“⁷⁵ Frankreich versuche mit allen „Instrumenten einer raffinierten Ermordungswissenschaft [...] gegen eine unbewaffnete, friedliche, arbeitssame und zugleich darbenbe Bevölkerung Krieg“⁷⁶ zu führen. Dies würde zur Kontinuitätslinie der französischen Politik von 1918 bis 1923 passen, die „nach einer ‚Friedenszeit‘, welche genau der Kriegszeit“⁷⁷ entspreche, Deutschland endgültig vernichten wolle. Eine solche Vorgehensweise passe zum französischen Nationalcharakter, welchem „naturgemäß Mißtrauen, Argwohn, schreckhafte Einbildungskraft“ innewohnten und dem „Demut vor Menschen“⁷⁸ völlig fremd sei.

Zwar musste der passive Widerstand durch die Regierung Stresemann am 26. September 1923 abgebrochen werden, jedoch konnte mit Einführung der Rentenmark eine Währungsstabilisierung herbeigeführt werden und mit der Ratifizierung des Dawes-Plans und dem darauf folgenden Abzug der französisch-belgischen Truppen trat die Republik in eine Phase der relativen Stabili-

-
- 70 Schläfst du, Brutus?, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 6. Januar 1923 (Nr. 6 & 7), S. 1.
 71 Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden. Bd. 1: Vom Ruhrkrieg bis London. Berlin 1932, S. 29.
 72 Eberhard Kolb/Ludwig Richter (Hg.): Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933. Düsseldorf 1999, hier: Nr. 51: 7. Juli 1923: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin, S. 469.
 73 Essens widerrechtliche Besetzung. Vertrags- und Völkerrechtsbruch, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 12. Januar 1923 (Nr. 16 & 17), S. 1.
 74 Frankreichs Versuch rechtswidriger Vergewaltigung, ebd., 10. Januar 1923 (Nr. 12 & 13), S. 1.
 75 Michaelis/Schraepfer: Ursachen, Nr. 1000 b: Erklärung des Abgeordneten Stresemann (DVP), S. 31.
 76 Stark aber dumm, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 10. Januar 1923 (Nr. 12 & 13), S. 1.
 77 Ebd., S. 2.
 78 Eduard Wechssler: Was der Deutsche vom französischen Nationalcharakter wissen muß, ebd., 4. Februar 1923 (Nr. 56 & 57), S. 23.

sierung ein.⁷⁹ Zu Recht verwies die DVP im Wahlkampf des Jahres 1924 daher auf die Erfolge ihrer Politik (*siehe Abbildung 6*). Hier ist eindeutig das Ruhrgebiet als Setting des Plakates aus dem Dezember 1924 zu erkennen. Auf der linken Seite sind die abziehenden Franzosen sichtbar, die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreiches weht ihnen beim Abmarsch hinterher. Die kaiserlichen Farben werden von drei Arbeitern gehisst, welche auf der eingeholten, am Boden liegenden Trikolore herumtrampeln. Wiederum drei andere Kumpel schauen noch den Franzosen hinterher, wenden sich aber teilweise schon wieder ihrer Arbeit zu. Die DVP interpretiert die Räumung des Ruhrgebietes klar als Erfolg der eigenen Politik. Diese habe Deutschland von der französischen Fremdherrschaft befreit und ermögliche nun wieder die Rückkehr zur gewohnten Tages- und Arbeitsroutine der arbeitenden Bevölkerung. Die Zukunft habe also durch die DVP mit Hilfe der Besinnung auf vergangene Werte – symbolisiert durch die alten Reichsfarben – gesichert werden können.

Auch eine ausgewiesene Oppositionspartei wie die KPD trug den offiziösen Widerstand der Reichsregierung vorerst mit, war diese Protestbewegung in der kommunistischen Interpretation doch keine von oben oktroyierte, sondern vielmehr eine von der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes getragene und von unten praktizierte.⁸⁰ Ebenso waren die Kommunisten überzeugt, dass man „vier Jahre nach Abschluß des furchtbaren Weltkrieges und drei Jahre nach Abschluß des Versailler Raubvertrages“ nun zur „Liquidation des verbrecherischen Friedens“⁸¹ schreiten müsse. Aus ihrer Sicht war der Versailler Vertrag die Ursache für die Verlängerung des Krieges in die Friedenszeit hinein und den daraus resultierenden aktuellen Konflikt, weswegen sich auch die KPD mühelos in die Anti-Versailles-Agitation einfügte. Die fortdauernde, ungehemmte Aggression aber sah sie als „Kampfe zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie“, in welchem das Proletariat einen Zweifrontenkrieg sowohl gegen die französischen als auch die deutschen Kapitalisten führte. Hierbei waren die „Bajonette der französischen Besatzungstruppen [...] nicht weniger scharf als die der Reichswehr.“⁸² Für die KPD war es Tatsache, dass der erneute deutsch-französische Konflikt „die Welt vor eine akute Kriegsgefahr“⁸³ stelle. Um „namenloses Elend zu verhüten“ und den „Kriegszustand“ auf deutschem Boden zu beenden, müsse das arbeitende Volk seine

79 Vgl. Kolb: Weimarer Republik, S. 51–56.

80 Vgl. Heinrich August Winkler: Von der Revolution bis zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin u. a. 1984, S. 556.

81 Verhindert die imperialistischen Pläne!, in: Die sozialistische Republik, 11. Januar 1923 (Nr. 99), S. 1.

82 Michaelis/Schraepfer: Ursachen, Nr. 1006: Aufruf der Zentrale der KPD an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands vom 22. Januar 1923, S. 45f.

83 Gegen die drohende Kriegsgefahr! Offener Brief, in: Die sozialistische Republik, 18. Januar 1923 (Nr. 15), S. 1.

Stimme gegen „imperialistischen Wahnsinn laut ertönen lassen“ und den „imperialistischen und kapitalistischen Machthabern zeigen, daß es sich nicht mehr wie 1914 als Kanonenfutter mißbrauchen“⁸⁴ lassen würde. Die KPD beäugte einen möglichen Abbruch des passiven Widerstandes mit Argwohn. Nachdem die „Hyänen des Schlachtfeldes“ – die vermeintlichen Profiteure der Krise aus den Reihen von Industrie und Geldwirtschaft – „durch ihre schamlose Ausbeutung der im Abwehrkampfe stehenden Arbeitermassen die Ruhrfront zur Genüge zermürbt und zerbröckelt“ hätten, schleiche „Herr Stresemann jetzt heran, um ihr den letzten Dolchstoß zu versetzen.“⁸⁵

Die Kommunisten beließen es jedoch nicht bei diesem verbalisierten Dolchstoß-Motiv, sondern fanden hierfür auch bildlichen Ausdruck (*siehe Abbildung 7*). Wie das Beispiel zeigt, wurde der Archetyp nationalistischer Agitation in der Weimarer Republik auch von kommunistischer Seite adaptiert. Der Hintergrund zeigt Fabrikhallen, die Szenerie trägt also die Züge Ruhrgebietes. Im Vordergrund erblickt der Betrachter eine Straßenecke, mit einem jener zugewandten Arbeiter (Spitzhacke und Lampe) im Bildmittelpunkt. Dieser ist im Fallen begriffen, da ihm ein seitlich in das Bild hineinragender, überproportional großer Arm in weißem Hemd und Anzug mit der Aufschrift „Wucher“ einen Dolch in den Rücken rammt. Die Botschaft richtete sich explizit gegen diejenigen Deutschen, welche, motiviert durch persönliche Bereicherung, der Arbeiterschaft in den Rücken gefallen wären. Somit wäre die Front abermals von der Heimat verraten worden. In Deutschland schwamm man auf einer Welle des nationalistischen Hochgefühls. Hier konnte die KPD mit dem von ihr vertretenen Ideal des sozialistischen Internationalismus keinen Fuß fassen, auch wenn man sich der Solidarität der internationalen Arbeiterschaft gewiss war. Die Kommunisten griffen daher ebenfalls zu nationalistischer Symbolik, welche sie in ihrem Sinne umdeuteten.

Die ebenso oppositionelle DNVP erachtete es als dringende Notwendigkeit, der deutschen Bevölkerung das „ganze Elend, das mit dem sogenannten Waffenstillstand, seiner Durchführung und fortgesetzten Verschärfung über Deutschland hereinbrach“, kontinuierlich vor Augen zu führen. Folglich gab es auch „nach dem Ruhreinfalle schlechterdings keine Möglichkeit mehr, etwa über einzelne Leistungen aus dem Versailler Frieden oder einem Komplex davon [...] zu reden.“ Die „neuerlichen kriegerischen Unternehmen“, welche auf die Befriedigung der „machtpolitischen Gelüste“⁸⁶ Frankreichs abzielten, seien die letzte Möglichkeit, „in der es Deutschland vergönnt ist, noch einmal

84 Die Lage im Ruhrgebiet. Die Kriegsgefahr!, ebd.

85 Stresemanns Dolchstoß gegen die Ruhrfront, in: Die Freiheit, 13. September 1923 (Nr. 166), S. 1.

86 Der Konferenzabbruch und seine Folgen, in: Neue Preußische Zeitung, 5. Januar 1923 (Nr. 7 AA), S. 1f..

zur Lebensfähigkeit und [...] zur Macht zu kommen.“ Nachdem das deutsche Heer im Krieg die Heimat tapfer verteidigt habe, sei es erst die durch den Versailler Vertrag betriebene „Fortsetzung des Krieges im Frieden“ gewesen, welche in letzter Konsequenz „die Grenzen dem Erbfeind geöffnet“ und den „kriegerische[n] Aufmarsch“⁸⁷ Frankreichs ermöglicht habe. Der passive Widerstand gegen den „Raubkrieg“⁸⁸ sowie die „Rechtsbrüche und Kriegshandlungen“ im Ruhrgebiet müsse nun „bis zum bitteren Ende geführt werden“, da nur so noch „das Schicksal des Weltkrieges gewendet werden“⁸⁹ könne. Die letztliche Aufgabe des Widerstandes kam für die DNVP daher einer neuerlichen Niederlage gegenüber den alten Feinden gleich und gebe „vor aller Welt kund, daß auch jetzt, fast fünf Jahre nach Beendigung des Weltkrieges, Deutschland noch immer nicht gelernt [habe], die Nation in geschlossener Einheit für die Erhaltung des Reiches, seine Selbstständigkeit und seine Ehre bis zum letzten einzusetzen.“⁹⁰

Aus dieser Überzeugung heraus vermochte es die DNVP die Konservierung alter Werte aus monarchischen Zeiten zu visualisieren und gleichzeitig Zukunftskonzepte für die nationale Einheit zu präsentieren (*siehe Abbildung 8*). Das Plakat wird durch eine imaginierte Senkrechte in eine kleinere dunkle Hälfte auf der Linken und eine größere helle auf der Rechten zweigeteilt. Der deutsche Michel steuert ein Pferdegespann mit zwei prächtigen weißen Rössern einen Abhang hinauf und lässt dabei einen roten See mit zwei verendenden Pferden und einer weiteren Person hinter sich. Das Gespann ist mit dem Reichsadler, der Michel mit einer Schärpe in den schwarz-weiß-roten Farben des Kaiserreiches geschmückt, hinter beidem geht eine hellleuchtende Sonne auf. Auch hier findet sich also wieder eine klare Zukunftsprogrammatische: Mit Hilfe der DNVP werde der Wähler die „rote Flut“ aus Sozialismus und Revolution nach 1918 – also den „Dreck“ – hinter sich lassen, um kraftvoll den Anstieg zu neuen Ufern des Jahres 1924 zu meistern. Diese Überwindung der Gegenwart sollte durch die Besinnung auf das Vergangene, sprich das Kaiserreich, geschehen. Auch bei diesem Plakat verspricht die aufgehende Sonne wiederum den Anbruch einer besseren Zukunft, auf welche das deutsche Volk mit dem Konservatismus der Deutschnationalen mit vollem Elan und voller Kraft zusteuert.

87 Der Feind vor den Toren, ebd., 10. Januar 1923 (Nr. 15 AA), S. 1.

88 Reichswirtschaftsminister Dr. Becker über den Raubkrieg, ebd., 17. Januar 1923 (Nr. 26 MA), S. 1.

89 Handeln, nicht Verhandeln, ebd., 25. Januar 1923 (Nr. 41 AA), S. 1.

90 Nach verlorener Schlacht, ebd., 25. September 1923 (Nr. 444 AA), S. 1.

Das Nachwirken der Ruhrkrise im Wahljahr 1924

Mit der Beilegung der Ruhrkrise endeten die krisenhaften Erscheinungen der Republik auch in den Jahren der „relativen“ Stabilisierung nicht. Das Zentrum hatte wie alle anderen an der Regierung beteiligten Parteien mit erheblichen innerparteilichen Spannungen zu kämpfen und sah sich dem Unmut der eigenen Anhänger sowie des Wahlvolkes ausgesetzt. Durch Ruhrbesetzung, Hyperinflation und materielle Verelendung war eine explosive Mischung entstanden, von welcher die radikalen, republikfeindlichen Parteien profitierten. Dieser Trend manifestierte sich auch in der Reichstagswahl im Mai 1924, denn betrachtet man die absoluten Zahlen beziehungsweise Ergebnisse waren die Parteien ohne Regierungsverantwortung – KPD und DNVP – die klaren Wahlgewinner. Differenziert man dagegen strukturell zwischen den Ergebnissen auf Reichsebene, den Wahlkreisverbänden des Ruhrgebietes⁹¹ sowie einzelnen Stadtwahlkreisen desselben⁹², muss dieses Bild relativiert werden.

Das Zentrum sah es nach wie vor als dringendste Aufgabe, an der Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“ zu arbeiten. Das Konzept des politischen Katholizismus war es, durch „die Tat werdende Politik der Mitte, das ernste Streben nach echter Volksgemeinschaft“⁹³ insbesondere der kritisch eingestellten Arbeiterschaft ein Angebot zur positiven Überwindung der gegenwärtigen Krise der Republik zu präsentieren. Die Partei hatte jedoch in zunehmendem Maße Probleme damit, auf alle Teile des katholischen Milieus dauerhaft integrativ zu wirken. Nach Ansicht der eigenen Gewerkschaften hatte Deutschland „mit der Aufgabe des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet [...] einen zweiten Krieg verloren.“⁹⁴ Mit milieuinternen Abspaltungen wie der „Christlich-Sozialen Volksgemeinschaft“ positionierten sich zudem linksalternative Splittergruppierungen, welche durchaus erfolgreich in den Reihen der katholischen Arbeiteropposition sowie der enttäuschten Zentrumswähler in den industrialisierten Wahlkreisen Westfalens Stimmen sammelten.⁹⁵ Aber wie bereits der Zentrumshistoriker Johannes Schauff 1928 konstatierte, verlor der

91 Hierbei handelte es sich um die Wahlkreisverbände Westfalen Nord und Westfalen Süd sowie Düsseldorf West und Düsseldorf Ost.

92 Berechnungen des Autors auf Grundlage von Statistisches Reichsamt: Band 291/II, 315/II und IV.

93 Wahlpropaganda Reichstagswahl Dezember 1924: Wahlaufuf des Zentrums „Wie soll regiert werden?“, in: ACDP 06-051-A166.

94 GCG: Zentralblatt. 23. Jahrgang: 19. November 1923 (Nr. 21/22): „Der deutsche Jamer.“, Berlin 1923, S. 145.

95 Vgl. Wolfgang Jäger: Bergarbeitermilieu und Parteien im Ruhrgebiet. Zum Wahlverhalten des katholischen Bergarbeitermilieus bis 1933. München 1996, S. 113; Werner Methfessel: Christlich-Soziale Reichspartei (CSRP) 1926–1932, in: Dieter Fricke (Hg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Bd. I: Alldeutscher Verband – Fortschrittliche Volkspartei. Leipzig 1968, S. 256ff.

politische Katholizismus über die Jahre der Republik hinweg auch in nicht zu unterschätzendem Maße Stimmen an die KPD.⁹⁶ Das Zentrum büßte somit nicht nur seine Monopolstellung bei den deutschen Katholiken ein, sondern war auch Spiegelbild der fortschreitenden Fragmentierung des parlamentarischen Systems um 1923. Die relativ stabilen Wahlergebnisse sowie die regelmäßige Regierungsbeteiligung täuschten darüber hinweg, dass die „Schicksalskurve der Zentrumspartei“⁹⁷ kontinuierlich sank und die Partei schließlich dazu veranlasste sich weiter nach rechts zu orientieren. Dieser Trend lässt sich in den Wahlergebnissen ablesen: Im Mai 1924 erreichte das Zentrum auf Reichsebene ein Resultat von 13,4% und in den Wahlkreisverbänden des Ruhrgebietes im Schnitt sogar 31,3%. In vielen industrialisierten wie urbanen Stadtwahlkreisen avancierte das Zentrum sogar zur stärksten Partei (Recklinghausen 31,8%, Bottrop 31,5%, Essen 30,1%). Vergleicht man diese Zahlen jedoch mit den Ergebnissen der Juniwahl von 1920, stellt man fest, dass der politische Katholizismus bei seinen Anhängern sowohl reichsweit (1920: 13,6%) als auch insbesondere im Ruhrgebiet (1920: 33,5%) an Zustimmung eingebüßt hatte. Das Zentrum befand sich im typischen Dilemma einer Regierungspartei: Einerseits engagierte es sich in der nationalen Abwehrfront, andererseits bestand für sie immer die Notwendigkeit, die tagespolitische Realität ins Kalkül miteinzubeziehen.

Im Gegensatz zur DVP fielen die Wahlverluste des Zentrums allerdings noch relativ gering aus. Wie das Zentrum hatten auch die Liberalen durch die „Nationalliberale Vereinigung“ mit einer rechtsstehenden, innerparteilichen Abspaltung zu kämpfen und setzten ihren kontinuierlichen Abstieg im Laufe der Jahre fort.⁹⁸ Konnte die Partei im Juni 1920 reichsweit noch 13,9% aller Stimmen auf sich vereinen (Ruhrgebiet: 13,5%), so musste die DVP bei den Maiwahlen 1924 herbe Verluste hinnehmen. Im Ruhrgebiet, wo man die Stabilisierungsmaßnahmen des Jahres 1923 mit den Liberalen in Verbindung brachte, schnitt sie mit 10,6% (in Dortmund 16,5%, Gelsenkirchen 13,6%, Duisburg 13,2%) allerdings sehr viel besser ab, als reichsweit (9,2%). Spielte die kommunistische Bewegung 1920 sowohl im Ruhrgebiet (2,3%) als auch im Reich (2,1%) eine marginale politische Rolle, konnte sie als klarer Gewinner aus den Maiwahlen 1924 hervorgehen. Sie erlangte hierbei im Ruhrgebiet 18,9% und auf Reichsebene respektable 12,6%; in vielen Städten des Ruhrgebietes (Gelsenkirchen 35,3%, Dortmund 30,8%, Mühlheim a. d. R. 22,7%) wurde sie so-

96 Vgl. Johannes Schauff: Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871. Köln 1928, S. 110–113.

97 Johannes Schauff: Die Schicksalskurve der Zentrumspartei. Akute und chronische Krisen, in: Ders.: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Hg. und eingeleitet von Rudolf Morsey. Mainz 1975, S. 191–197, hier S. 191.

98 Vgl. Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933. Düsseldorf 2002, S. 323.

gar stärkste Kraft. Ebenso kräftig konnte die DNVP bei den Wahlen zulegen. Im Juni 1920 erlangte sie im Ruhrgebiet lediglich 8,6% der Stimmen, im Reich hingegen 15,1%. Beide Werte konnte sie jeweils im Mai 1924 deutlich steigern (Ruhrgebiet 13,2% und Reich 19,5%). Sie behauptete sich sogar in Bochum (12,1%) sowie Mühlheim a. d. R. (15,9%), in vielen anderen Städten (Dortmund 5,8%, Gelsenkirchen 7,3%, Essen 9,8%) blieb sie allerdings unter ihrem Ruhrgebietsschnitt.

Wie so oft in der Geschichte der Weimarer Republik war zu beobachten, dass das Wahlvolk beim Urnengang die Politik der gerade Regierenden nicht sanktionierte. Insbesondere die antirepublikanischen und antidemokratischen Parteien hatten mittlerweile gelernt ihrerseits bei den Wahlen taktisch-demokratisch zu agieren, um sich schließlich der Demokratie selbst zu entledigen.⁹⁹ Die Maiwahl 1924 war nicht zuletzt ein Plebiszit gegen die republikloyalen Kräfte. Es wurden gerade die Parteien von den Wählern präferiert und frequentiert, welche erstens die bestehenden Verhältnisse seit November 1918 am radikalsten ablehnten und somit die Gegenwart als krisenhaft und absolut überwindungsbedürftig kennzeichneten. Zweitens waren es jene Parteien, die auf ihre Art – einerlei ob rechts oder links – eine Alternative zur Republik offerierten. Drittens profitierten diejenigen Gruppierungen der Weimarer Parteienlandschaft im Zuge der Wahl, welche den Frieden auch in Zeiten der Republik nicht nur verweigerten, sondern durch ihre Einstellungen, Verhaltensweisen und Haltungen, welche sich in Wort und Bild öffentlich manifestierten, eine Überwindung der bestehenden Staatsform selbst einforderten. Diese Sicht von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft korrelierte mit den Erfahrungen einer deutschen Nachkriegsgesellschaft, welche ihre Bedürfnisse in zunehmendem Maße nicht mehr durch die verfassungstreuen Parteien vertreten sah.

Schlussbetrachtung

Das Scheitern der kulturellen Demobilisierung in Deutschland nach 1918 begann mit der Verweigerung des Friedens an sich. Schon der Versailler Vertrag und die eskalierende Reparationsfrage wurden als latente Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln durch die ehemaligen militärischen Feinde gedeutet und verursachten einen breit angelegten gesellschaftlichen Revisionskonsens. Diese kollektive Verweigerung der republikanischen, post-bellizistischen Realität beförderte einen Eskapismus vor der Wirklichkeit der Nachkriegsgesellschaft, auf Grund dessen die Republik auch innenpolitisch nicht zur Ruhe kam. Eine rationale Diskussion über Ursachen, Ausbruch und Verlauf des Ersten Weltkrieges kam nicht zustande. Stattdessen flüchtete man sich mit Kriegsschuldlüge und Dolchstoß-Legende in Erklärungsstrukturen, welche die Re-

⁹⁹ Vgl. Bracher: *Auflösung*, S. 77.

publik von Beginn an unterminierten sowie einen Neuanfang auf dem Boden der republikanischen Demokratie unmöglich machten. Parallel wurden aber auch die Feindbilder sowie Feindschaften des Ersten Weltkrieges weiterhin als existent angesehen und durch die Tradierung kriegsimmanenter Motive gepflegt. Hierdurch hatte sich seit 1914 die Eskalationsbereitschaft aller Beteiligten konserviert. Eine solche Politik stand in der Tradition der gegenseitigen Provokationen als probatem Mittel so genannter „Weltpolitik“ machtsstaatlicher Provenienz. Diese Bereitschaft zog sich wie ein roter Faden durch die Pariser Friedensverhandlungen, die Reparationsfrage und die von Revisionismus geprägte deutsche Außenpolitik, um sich schließlich in der Ruhrkrise des Jahres 1923 zu entladen.

Die Ruhrkrise 1923 und die französisch-belgische Besetzung wurden als Krieg interpretiert und von deutscher Seite unter Rückbezug auf kriegskulturelle Elemente auch als solcher propagandistisch geführt. Der Erste Weltkrieg flammte daher in Wort und Bild wieder auf und die Verwendung semantischer wie visueller Formen der Kriegszeit erfuhr eine Renaissance. Zu diesem Wiederaufleben kriegs-immanenter Haltungen, Einstellungen sowie Geschichtsdeutungen gehörte auch die Rezeption bereits im Krieg vorhandener Argumentations- und Verhaltensmuster. Beispiele hierfür sind die Selbststilisierung zum wehrlosen „Opfer“ beziehungsweise Volk, welches durch den äußeren „Feind“ überfallen wird. In diesem Zusammenhang wurde der französisch-belgische Einmarsch in das Ruhrgebiet mit der Vergewaltigung einer ganzen Nation gleichgesetzt. Dieses Täter-Opfer-Verhältnis zog sich quer durch die politischen Debatten der Republik und diente der Benennung des neuen alten Feindes. Ebenso omnipräsent war der Freiheits-Begriff, welcher Indiz dafür ist, dass sich die Republik auch fünf Jahre nach Kriegsende nicht wirklich selbstbestimmt fühlte. Einerseits währte man sich unter der indirekten Fremdherrschaft des Versailler Vertrages und der hinter diesem stehenden ehemaligen Kombattanten. Andererseits erfuhr man durch die Besetzung des Ruhrgebietes 1923 tatsächlich den Kontrollverlust über eigenes Hoheitsgebiet durch fremde Besetzung, welche in ihrer Durchführung kriegsimmanente Charakteristika aufwies. Ferner beflügelten Ruhreimarsch und passiver Widerstand auch die Neuaufgabe des Bündnisses zwischen Front und Heimat, dessen existentielle Bedeutung für das deutsche Volk allenthalben propagiert wurde. Diese Gefühle und Wahrnehmungsweisen wurden nicht nur verbalisiert, sondern fanden auch in visueller Form Verbreitung. Die Plakate dienten ebenso als Transporteur parteipolitischer Konzepte bezüglich der Gegenwart sowie deren Überwindung und sollten die Parteibasis oder auch die potentielle Wählerschaft überzeugen und für sich mobilisieren. Die fast allen Plakaten gemeinsame aufgehende, strahlende Sonne als Symbol nationaler Erneuerung und des Anbruchs einer neuen Zeit sollte den durch die Parteien repräsentierten Wählergruppen verdeutlichen, dass nur sie in der Lage waren wirklichen und

grundlegenden gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen sowie die aktuellen Krisen zu überwinden.

Inwiefern jene Konzepte erfolgreich im Sinne einer Adaption beziehungsweise Zustimmung durch die Rezipienten waren, verdeutlichen nicht zuletzt die Wahlergebnisse. Generell bestätigen die Wahlverluste des Zentrums sowie dessen innerparteilichen Spannungen und Abspaltungen die Annahme, dass Teile seiner Anhängerschaft nach 1923 mit der Art der letztlich friedlichen und deeskalierenden Krisenbewältigung unzufrieden waren. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass vor allem die an den jeweiligen Rändern des politischen Spektrums stehenden Nicht-Regierungsparteien KPD und DNVP durch ihre offensiver vorgetragene Verweigerung des Friedens sowohl die eigenen als auch neue Anhänger mobilisieren konnten. Durch die radikale Ablehnung der kulturellen Demobilisierung nach außen wie nach innen und durch die Negierung nicht nur der Republik, sondern der gesamten Gesellschaftsordnung, gelang es der KPD jenes Wählerpotential der anderen Parteien zu absorbieren, dem die Maßnahmen der eigenen politischen Repräsentanten nicht weit genug führten. Die DNVP hingegen blieb fest in der Ideologie des Kaiserreichs verhaftet. Sie verschrieb sich daher einer Agitation, welche gegen die alten äußeren wie inneren Feindbilder gerichtet war und jene ideologischen Haltungen in Wort und Bild konservierte. Durch ihren strikten Widerstand in Bezug auf die gegenwärtigen Verhältnisse sowie die kulturelle Demobilisierung nach 1918 gelang es den Deutschnationalen daher zusehends mehr Wähler für sich zu gewinnen.

Diese Tatsache kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch eine mit der Regierungsverantwortung betraute Partei wie das Zentrum – und ebenso die DVP – der Realität des vermeintlichen Friedens und der kulturellen Demobilisierung verweigerten. Die offiziellen Verlautbarungen des Zentrums zeugen von einem massiven Unrechtsempfinden bezüglich des Friedensschlusses und seiner Folgen bis 1923. Hieraus leiteten sich der ausgeprägte Revisionsgedanke sowie die Einstellung ab, dass der Krieg noch nicht beendet und der Kampf gegen die immer noch existenten Feinde kulturell fortzuführen war. Im nationalen Abwehrkampf gegen die „Invasoren“ im Ruhrgebiet bediente sich die Partei einer Rhetorik, welche vom Stil her in der Propaganda der Kriegszeit wurzelte. Der Ruhrkonflikt wurde somit zur existentiellen Bewährungsprobe für ein durch äußere Einflüsse bedrohtes deutsches Volk stilisiert. Auf der visuellen Ebene appellierte man daher an die Wiederaufbaukraft der Bevölkerung, um den Kriegszustand nunmehr endlich zu überwinden. Die Quellen verdeutlichen, dass innerhalb des politischen Katholizismus Handlungslogik, Einstellungen und Haltungen der seit 1914 vorherrschenden Kriegskultur tradiert wurden und eine kulturelle Demobilisierung daher nicht gänzlich erfolgen konnte.

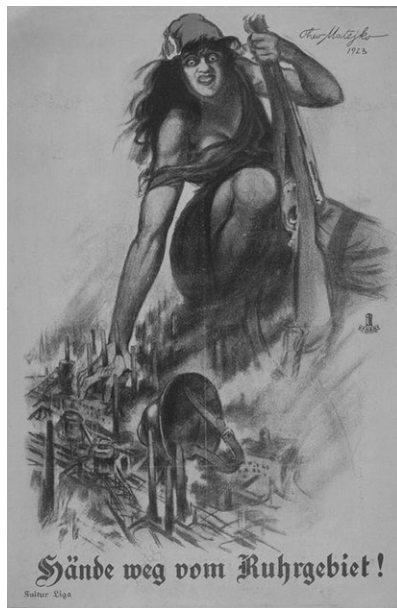


Abbildung 1: Bundesarchiv, Plakat 002-012-025: Theo Matejko, *Hände weg vom Ruhrgebiet*, 1923.



Abbildung 2: Bundesarchiv, Plakat 002-012-033: Walter Riemer, *Fest und unerschüttert stehen wir an Ruhr und Rhein. Sorgt dafür, daß Eure Brüder im Abwehrkampf nicht erlahmen und gebt weiter für das Deutsche Volksoffer*, 1923



Abbildung 3: Bundesarchiv, Plakat 002-012-027: Karl Rickelt, *Deutscher Bauer, laß die Städte nicht verhungern! Der Arbeiter an der Ruhr bekämpft Poincaré, Der deutsche Bauer besiegt den Hunger*, 1923.

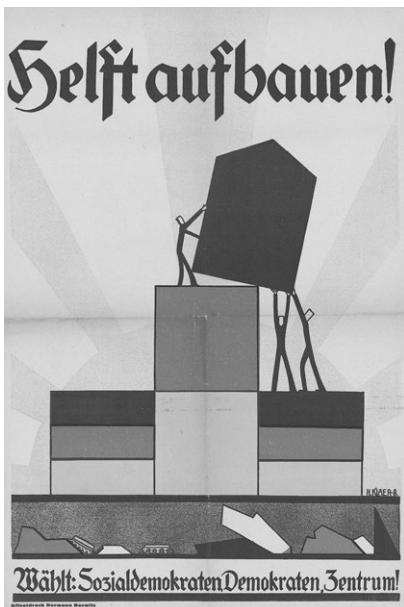


Abbildung 4: ACDP, Plakatsammlung, 10-043-20: H. Klaer-B., *Helft aufbauen! Wählt: Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum!*, 1924.



Abbildung 5: ACDP, Plakatsammlung, 10-043-30: Gottfried, *Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit! Wählt Zentrum*, November 1924.



Abbildung 6: Bundesarchiv Plakat 002-025-015: o. Ang., *Dortmund ist frei. Rhein und Ruhr werden frei durch die Deutsche Volkspartei*, November 1924.



Abbildung 7: Landesarchiv Düsseldorf
BR 0007 Nr. 16963-0066; George
Grosz, *Der Dolchstoß*, 1923.



Abbildung 8: Bundesarchiv 002-029-044: Franz Müller-Münster, *Raus aus dem Dreck!*
Das Ziel der Deutschnationalen Volkspartei, 1924.